

## A14 The kids aren't alright - Gerechte Bildung für Groß und Klein ins Berliner AGH-Wahlprogramm 2026

Gremium: Leonie Wingerath, Malte Richert, Jette Nietzard, Lena Maron

Beschlussdatum: 08.03.2025

Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Bildung sollte kein Privileg, sondern ein Grundrecht sein – unabhängig von  
2 sozialer Herkunft, finanziellen Mitteln oder Wohnort. Doch in Berlin sind  
3 Chancen ungleich verteilt: Frühkindliche Bildung hängt von Kitaplätzen und  
4 Personalschlüsseln ab, Schulen sind unterfinanziert und selektiv,  
5 Ausbildungsplätze bleiben für viele unerreichbar, und Hochschulen werden  
6 zunehmend von Leistungsdruck und sozialer Auslese geprägt. Junge Menschen  
7 brauchen ein Bildungssystem, das nicht aussortiert, sondern unterstützt – mit  
8 kostenfreier und guter Bildung von Anfang an, demokratischen Schulen ohne  
9 Notendruck, einer garantierten Ausbildungsperspektive und einer Hochschule, die  
10 allen offensteht. Wir fordern eine radikale Umgestaltung, die Chancengleichheit  
11 zur Realität macht.

### 12 Frühkindliche Bildung

13 Die frühkindliche Bildung muss als eigenständiger Bildungsbereich gestärkt  
14 werden und darf nicht primär einer schulvorbereitenden Funktion untergeordnet  
15 werden. Kitas sind Bildungsorte, keine reinen Betreuungsstätten. Um gleiche  
16 Bildungschancen für alle Kinder zu gewährleisten, fordern wir:

- 17 1. Die schrittweise Abschaffung privater Kitas und die vollständige  
18 Finanzierung frühkindlicher Bildung durch die öffentliche Hand,
- 19 2. Die Abschaffung von Elternzuzahlungen, um den Zugang zu frühkindlicher  
20 Bildung unabhängig von finanziellen Ressourcen zu gewährleisten. Zur  
21 vermögens- und einkommensgerechten Beteiligung am Bildungssystem müssen  
22 übergreifende Lösungen im steuerlichen Bereich gefunden werden,
- 23 3. Die Abschaffung der nur 95%-igen Förderung vom Senat und dadurch  
24 entstehende Leistungsminimierung durch die Träger, um die ungedeckten  
25 Kosten zu minimieren,
- 26 4. Die Veränderung des Systems hin zu einer Objektfinanzierung, um die  
27 Infrastruktur und Qualität langfristig zu sichern
- 28 5. Ein verpflichtendes Kita-Jahr

29 Damit stellen wir sicher, dass frühkindliche Bildung allen Kindern gleichermaßen  
30 zugutekommt und nicht von wirtschaftlichen Interessen beeinflusst wird.

## 31 Schule

32 Wir wollen demokratische und gerechte Schulen für alle! Deshalb fordern wir:

- 33 • Konzept zur Information von Eltern nicht-deutscher Muttersprache zur  
34 Einschulung
- 35 • grundlegende Demokratisierung von Berliner Schulen
  - 36 ◦ SVen und Rechte der Schüler\*innen stärken
  - 37 ◦ Lehrkräfte im Bereich Demokratiebildung ausbilden
  - 38 ◦ Parität in der Schulkonferenz
  - 39 ◦ Klassenrat zwei Mal die Woche verpflichtend und Ausbildung der LK
  - 40 ◦ Schulaufsicht: kontroll- und beratende Funktion muss getrennt werden
  - 41 ◦ Demokratische Schulentwicklung fördern
- 42 • Ziffernoten abschaffen und stattdessen Feedbackgespräche einführen
  - 43 ◦ an Grundschulen sofort, weiterführenden Schulen langfristig
  - 44 ◦ für Abschlüsse sind Noten möglich, aber müssen mit Berichten ergänzt  
45 werden
- 46 • Hausaufgaben abschaffen -> Schul-Lernzeit einführen für vertiefende  
47 Übungen
- 48 • Berufseinstieg und Verbeamtung:
  - 49 ◦ Menschen, die Psychotherapie in Anspruch nehmen, schützen. Wir  
50 wollen Diskriminierung gegen psychisch erkrankte Menschen verhindern
  - 51 ◦ Nichtverbeamtung wegen BMI beenden
  - 52 ◦ Verhindern, dass angehende Lehrkräfte wegen ihres demokratischen,  
53 politischen Engagements auf dem Boden des Grundgesetzes in ihrer  
54 Ausbildung behindert werden

- 55           ◦ Kopftuchverbot für Lehrkräfte abschaffen
- 56       • obligatorische Freistellung & verbindliche Wahrnehmung von Fortbildungen
- 57       • Probeunterricht abschaffen, wir wollen eine freie Schulwahl &
- 58       unverbindliche Schulempfehlungen wie zB in Niedersachsen
- 59       • inklusive Gemeinschaftsschule als präferiertes Schulmodell fördern
- 60           ◦ Eliteförderung an Gymnasien und Privatschulen langfristig beenden
- 61           ◦ Projektunterricht, anstatt Schulfächer einführen
- 62           ◦ multiprofessionelle Teams & Inklusion stärken
- 63       • Lehrkräftebildung
- 64           ◦ die Erhöhung der Mittel für die Lehrkräftebildung zusätzlich zum
- 65           grundsätzlichen Mittelaufwuchs von 3,5%
- 66           ◦ Aufwuchs der Studienplätze nach Schulform und Fachrichtung
- 67           ◦ Mentale Gesundheit, Beziehungsarbeit, Teamarbeit, Konfliktfähigkeit,
- 68           Antidiskriminierung, Demokratiebildung und kritische
- 69           Auseinandersetzung mit Machtstrukturen an Schulen
- 70           ◦ Ausbildung muss LK auf Differenzierung im Unterricht an
- 71           Gemeinschaftsschule vorbereiten
- 72       • Lehrplan:
- 73           ◦ Gesundheitsförderung und Mentale Gesundheit in den Lehrplan
- 74           ◦ Sexualkundeunterricht reformieren
- 75           ◦ Stopp mit westlicher Sicht in Geschichtsunterricht
- 76       • Gleitzeitsystem in Schulen einführen

## 77 Berufsorientierung

78 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert eine Verbesserung der  
79 Berufsorientierungsangebote an allgemeinbildenden Schulen. Bildungseinrichtungen  
80 sollen nicht bloß Wissen vermitteln, sondern Schüler\*innen auf die zunehmend  
81 komplexe Welt vorbereiten.

82 Berufsorientierung muss ab der 7. Klasse als fester Bestandteil des Lehrplans  
83 verankert werden. Es braucht mehr Raum für Praktika, Betriebserkundungen und  
84 praxisnahe Projekte im Unterricht und die Einführung regelmäßiger individueller

85 Berufsorientierungsgespräche für alle Schüler\*innen. Dazu unterstützen wir die  
86 Einführung eines Perspektivenjahres.

87 Außerdem fordern wir verpflichtende Module zu Arbeitnehmer\*innenrechten und die  
88 Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, um Schüler\*innen über ihre Rechte im  
89 Berufsleben zu informieren.

90 Wir fordern eine gleichwertige Berufsorientierung für Ausbildungs- und  
91 akademische Berufe durch die Einführung von Projekttagen und Praktika mit Fokus  
92 auf handwerkliche, technische und soziale Berufe und die Förderung von  
93 Ausbildungsbotschafter\*innen an Schulen.

94 Die Berufsorientierungsangebote an Schulen müssen frei von  
95 Geschlechterstereotypen sein. Wir fordern eine geschlechtersensible Beratung  
96 durch Expert\*innen und gezielte Förderprogramme, um geschlechtsstereotypische  
97 Berufswahlen zu vermeiden.

98 Berlin braucht eine zukunftsorientierte, nachhaltige und gerechte Berufsbildung  
99 – jetzt!

## 100 Hochschule

101 In einer modernen Hochschullandschaft muss die digitale Transformation dafür  
102 sorgen, dass Bildung für alle zugänglich und flexibel wird. Wir müssen alle  
103 Berliner Hochschulen in ihren digitalen Angeboten massiv ausbauen: von  
104 interaktiven Online-Lernplattformen über virtuelle Labore bis hin zu digitalen  
105 Bibliotheken. Besonders in gestalterischen Studiengängen ist der  
106 Materialverbrauch extrem hoch, was viele Studierende vor enorme finanzielle  
107 Herausforderungen stellt. Deshalb ist der Aufbau eines gezielten Förderprogramms  
108 für Materialkosten und digitale Werkzeuge dringend notwendig!

109 Der Numerus Clausus und alle Auswahlverfahren für Hochschulzugänge müssen  
110 komplett abgeschafft werden. Solche Verfahren benachteiligen vor allem  
111 Bewerber\*innen aus weniger privilegierten Familien und verstärken soziale  
112 Ungleichheiten, weil sie teure Materialien oder unbezahlte Arbeit voraussetzen.

113 In den letzten Jahren gab es im Rahmen des Israel-Palästina Konflikts zahlreiche  
114 Debatten über Polizeipräsenz, Antisemitismus und Wissenschaftsfreiheit an den  
115 Berliner Hochschulen. Die Lehre daraus muss sein: Studierende jeglicher  
116 Diskriminierung müssen gleichermaßen geschützt werden. Wir fordern eine  
117 Abschaffung des Ordnungsrechts an Berliner Hochschulen, eine Universität frei  
118 von Polizei und dem Schutz der Wissenschaftsfreiheit und kontroverser  
119 wissenschaftlicher Debatte.

120  
121 Darüber hinaus muss die Demokratie an Hochschulen gestärkt werden:  
122 Studierendenvertretungen müssen echte Einflussmöglichkeiten erhalten durch eine  
123 viertel-paritätische Besetzung aller Gremien der akademischen Selbstverwaltung.  
124 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert außerdem die explizite Festschreibung des  
125 allgemeinpolitischen Mandats der Studierendenschaften im Berliner  
126 Hochschulgesetz.

127 Wir wollen prekäre Arbeitsverhältnisse an Universitäten beenden und  
128 solidarisieren uns mit den Forderungen von TVStud.

## 129 Ausbildung

130 Wir setzen uns außerdem für eine Aufwertung der dualen Ausbildung in Berlin ein.  
131 Dafür fordern wir die Schaffung eines Auszubildendenwerks, analog zum  
132 Studierendenwerk. Das Azubiwerk soll eigene Wohnheime und Mensen für Azubis  
133 betreiben, um den kaum bezahlbaren Lebenshaltungskosten für Azubis  
134 entgegenzuwirken. Es soll außerdem soziale Beratung für Auszubildende anbieten  
135 und einen Fokus auf die Förderung von Demokratie im Betrieb legen, indem  
136 besonders die Gründung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen)  
137 unterstützt wird und JAVen in ihrer Arbeit beraten werden.

138 Um genügend hochwertige Ausbildungsplätze zu schaffen, fordern wir die  
139 Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie. Die Umlage soll  
140 ausbildende Betriebe finanziell unterstützen, um Anreize zur Schaffung von  
141 Ausbildungsplätzen zu bieten und Investitionen in Ausbildungsqualität zu  
142 erleichtern. Die Umlage wird am besten in den allgemeinverbindlichen  
143 Tarifverträgen pro Branche festgehalten. Wo keine tarifliche Lösung gilt, muss  
144 jedoch eine gesetzliche Regelung greifen. Bei der Ausbildungsplatzgarantie muss  
145 die betriebliche Ausbildung immer Vorrang vor schulischen Modellen haben.

146 Damit die Entscheidung für einen Ausbildungsberuf nicht vom Einkommen der Eltern  
147 abhängt, muss die Mindestausbildungsvergütung auf mindestens 992 € netto  
148 steigen. Zusätzlich fordern wir einen staatlichen Lernmittelzuschuss für alle  
149 Azubis.

## Begründung

Begründung Berufsorientierung, Rest erfolgt mündlich:

- Kurzbegründung Punkt 1: Die Einführung eines verbindlichen Moduls Berufsorientierung ermöglicht es, individuelle Stärken und Interessen der Schüler\*innen zu erkennen und gezielt weiterzuentwickeln. Außerdem kann ein starkes schulisches Berufsorientierungsprogramm soziale Ungleichheiten im Bildungssystem ausgleichen, indem Schüler\*innen unabhängig von ihrem Elternhaus Zugang zu den gleichen Informationen und Möglichkeiten erhalten.
- Kurzbegründung Punkt 2: Der Arbeitsmarkt verändert sich durch Digitalisierung, Fachkräftemangel und vor allem durch die Klimakrise rasant. Schulen müssen junge Menschen auf Berufe vorbereiten, die in (naher) Zukunft systemrelevant sein werden. Besonders klimarelevante Berufe sollten stärker in den Fokus der Berufsorientierung rücken, da Klimaschutz auf Systemebene nur umgesetzt werden kann, wenn es Fachkräfte dafür gibt.
- Kurzbegründung Punkt 3: Es müssen vielfältige Perspektiven für alle Schüler\*innen geschaffen werden. Die Darstellung von Ausbildung und Studium als gleichwertige Optionen kann mehr junge Menschen für eine Ausbildung begeistern und kann dem Fachkräftemangel entgegenwirken.